

Fabian Lindner

Kein Wachstum ist auch keine Lösung

Eine Kritik an Degrowth- und Postwachstumsansätzen

Angesichts des Klimawandels und anderer ökologischer Probleme finden die Positionen der Degrowth- und Postwachstumsansätze vermehrt Anhänger:innen. Allerdings haben diese wachstumskritischen Ansätze viele Probleme. Die Wachstumskritik ist zwar in vielen Bereichen berechtigt, die Schrumpfung oder Stagnation der Produktion ist aber mit negativen sozialen und politischen Folgen verbunden, weil sie mit hoher Wahrscheinlichkeit zu massiven Verteilungskonflikten führen würde. Zudem könnte eine Schrumpfung oder Stagnation des BIP die notwendige Dekarbonisierung der Wirtschaft erschweren, weil die dafür notwendigen Investitionen in einer solchen Wirtschaft sehr viel schwerer umzusetzen wären als in einer wachsenden Wirtschaft.

Der Klimawandel schreitet voran. Weltweit ist die Temperatur im Durchschnitt bereits um 1,2°C gegenüber den vorindustriellen Durchschnittstemperaturen gestiegen (BMWK, 2022) und dennoch nehmen die weltweiten Treibhausgasemissionen (THG-Emissionen) weiter zu. 2022 stiegen die CO₂-Emissionen um 0,9% gegenüber dem Vorjahr auf einen neuen Höchststand (IEA, 2023). Ein wesentlicher Treiber der THG-Entwicklung ist die Produktion von Waren und Dienstleistungen. In der Produktion wird Energie verbraucht, die vor allem durch die Nutzung fossiler Brennstoffe gewonnen wird. Fossile Brennstoffe machen immer noch 81% des globalen und 76% des deutschen Primärenergieverbrauchs aus (Ritchie et al., 2022). Die globale Produktion – gemessen als das um Preisveränderungen bereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) – nimmt aber weiter zu, 2022 um 3,2% (IEA, 2023).

Der politische Mainstream in der Klimapolitik setzt auf das Konzept des Grünen Wachstums: Danach soll es möglich sein, die Wirtschaft weiter wachsen zu lassen und gleichzeitig die THG-Emissionen durch den Einsatz klimaneutraler Technologien zu senken (Lindner, 2023). Es stellt sich allerdings die Frage: Wenn die steigende Produktion weiterhin zu steigenden THG-Emissionen führt, müsste die Produktion nicht sinken oder zumindest stagnieren, damit auch die Emissionen reduziert werden können bzw. nicht weiter steigen?

Dass die Produktion zumindest in den reichen Industrieländern sinken muss, um das Klima zu retten, befürworten die Anhänger:innen der Degrowth-Idee. Eine zweite Option wird von Anhänger:innen der Postwachstums-Bewegung

vorgeschlagen: Das BIP müsse nicht notwendigerweise sinken, aber in den reichen Ländern zumindest stagnieren.

Wachstum und Treibhausgasemissionen

Für eine Diskussion von Degrowth, Postwachstum und Grünem Wachstum ist es sinnvoll, genauer auf den Zusammenhang zwischen BIP und THG-Emissionen einzugehen. Hilfreich ist die folgende Identität, nach der sich die THG-Emissionen als Produkt aus dem BIP (Y) und der THG-Intensität ergeben, also den THG-Emissionen pro Einheit BIP:

$$THG = Y \times \frac{THG}{Y} \quad (1)$$

So lange sich die THG-Intensität nicht verändert, führt jeder Anstieg der Produktion zu einem Anstieg der Emissionen und jede Produktionssenkung zu einer Emissionssenkung. In der Regel bleibt aber die Emissionsintensität nicht gleich. Sie sinkt, wenn sich die Energieeffizienz verbessert, also pro Einheit Produktion weniger Energie verbraucht wird und/oder Energie mit weniger THG-Emissionen produziert wird, vor allem durch den Einsatz von treibhausgasneutralen Energiearten wie den erneuerbaren Energien.

Diese Identität liefert zwar keine Erklärung der Emissionsentwicklung. Da sie immer gültig ist, hat sie aber den Vorteil, dass jede Entwicklung des BIP und der Treibhausgase mit ihr konsistent sein muss. Anhand der Formel lassen sich somit die notwendigen Bedingungen angeben, unter denen das Ziel der THG-Neutralität erreicht werden kann. Laut Gleichung (1) können die THG-Emissionen nur dann null sein, wenn entweder die THG-Intensität oder die Produktion null ist. Da Menschen für ihr Überleben immer Güter und Dienstleistungen herstellen müssen, kann die Produktion nicht auf null fallen. Und da für jede Art

© Der/die Autor:in 2023. Open Access: Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht (creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de).

Open Access wird durch die ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft gefördert.

Produktion Energie eingesetzt werden muss, kann auch der Energieverbrauch nicht auf null sinken. Das heißt, zur Verhinderung einer weiteren Erderwärmung muss das Energiesystem auf THG-Neutralität umgestellt werden, egal, wie hoch die Produktion ist (Holzmann et al., 2023).

Hilfreich für die Analyse ist weiterhin, Gleichung (1) in Wachstumsraten auszudrücken (mit g als der jeweiligen Wachstumsrate):

$$g_{THG} = g_{THG-Intensität} + g_Y \quad (2)$$

Setzt man sich das Ziel der Klimaneutralität – eine Reduzierung der THG-Emissionen auf null nach Gleichung (1) –, lassen sich anhand von Gleichung (2) die Bedingungen der drei Positionen Degrowth, Postwachstum und Grünes Wachstum darstellen. Degrowth setzt schwerpunktmäßig auf eine Senkung des BIP, um die THG-Emissionen zu senken. In Gleichung (2) drückt sich das in einer negativen Wachstumsrate des BIP aus. Bei Postwachstum würde das BIP nicht weiter zunehmen, das BIP-Wachstum in Gleichung (2) also bei null liegen. In beiden Fällen müsste dann auch die THG-Intensität sinken, um die THG-Emissionen auf null zu reduzieren, bei Postwachstum stärker als bei Degrowth. Schließlich kann laut Grünes Wachstum das BIP weiter zunehmen, dessen Wachstumsrate also positiv sein, wenn die THG-Intensität mit einer deutlich höheren Rate fällt als das BIP steigt.

Welche Art von Wachstum gab es bisher? In vielen Industriestaaten – darunter die EU und die USA – gibt es bereits Grünes Wachstum, wie Hausfather (2021) für 32 Länder für 2005 bis 2019 zeigt. Dort ist das BIP gestiegen und die CO₂-Emissionen sind gefallen. Insgesamt sind die weltweiten CO₂-Emissionen im gleichen Zeitraum aber um 7,1 Mrd. t gestiegen. Die globale CO₂-Intensität ist zwar gesunken, aber das Welt-BIP hat mit einer deutlich höheren Rate zugenommen. Diese Steigerung der Emissionen liegt wesentlich an Indien und China: In Indien sind die Emissionen um 1,3 Mrd. t gestiegen und in China um 4,9 Mrd. t. China war 2020 somit das Land mit den höchsten THG-Emissionen. Die USA waren auf dem zweiten, Indien auf dem dritten und die EU27 auf dem vierten Platz (UNEP, 2022). Trotz des Grünen Wachstums in den Industriestaaten ist die Welt insgesamt noch weit davon entfernt, das Ziel des Pariser Klimaabkommens – einer Begrenzung der globalen Erwärmung auf unter 2 °C – zu erreichen (UNEP, 2022).

Wozu überhaupt Wachstum?

Solange die THG-Intensität nicht sehr viel stärker abnimmt als bisher, führt Wachstum zu mehr THG-Emissionen und erhöht damit die Wahrscheinlichkeit von katastrophalem Klimawandel. Hier setzt auch die ökologische Kritik von Degrowth- und Postwachstumstheoretiker:innen

Prof. Dr. Fabian Lindner ist Professor für Internationale Ökonomie an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin.

an. Wachstum führe für sich genommen zu einer Übernutzung der ökologischen Ressourcen. Dabei entstehen nicht nur zu viele THG-Emissionen, sondern es wird auch insgesamt zu viel Naturkapital verbraucht, was die Grundlagen für das Leben auf der Erde gefährdet. Warum ist BIP-Wachstum dennoch weiterhin ein politisches Ziel? Lindner (2023) identifiziert dafür drei Bereiche gesellschaftlicher Wohlfahrt, die wachstumsabhängig (growth-dependent) sind (Petschow et al., 2018).

Erstens verbessert Wachstum den materiellen Wohlstand, was im Durchschnitt mit einer Verbesserung der Lebensqualität einhergeht (Roser, 2020a): In Ländern mit höherem BIP pro Kopf haben die Menschen im Durchschnitt eine höhere Lebenserwartung, die Säuglingssterblichkeit ist geringer, es sterben weniger Mütter bei der Geburt, es gibt mehr Ärzt:innen in der Bevölkerung, die Menschen haben häufiger Zugang zu Elektrizität, die durchschnittliche Arbeitszeit ist geringer, die Menschen gehen länger zur Schule und haben damit eine höhere Alphabetisierungsrate und auch die Lebenszufriedenheit ist in Ländern mit höherem BIP pro Kopf höher.

Zweitens ist bei einem Anstieg der Arbeitsproduktivität Wachstum zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit nötig (Herzog-Stein et al., 2018). Solange die Arbeitsproduktivität steigt, kann immer mehr mit immer weniger Arbeitskräften produziert werden. Würde die Produktion bei steigender Produktivität stagnieren oder gar abnehmen, würden immer weniger Arbeitskräfte gebraucht und die Arbeitslosigkeit würde steigen. Damit die Arbeitslosigkeit bei steigender Produktivität konstant bleibt, muss das Wirtschaftswachstum dann mindestens gleich dem Produktivitätswachstum sein.

Drittens führt Wachstum dazu, dass Verteilungskonflikte abgeschwächt werden können. Wenn die Produktion und die in der Produktion erzielten Einkommen steigen, kann im Prinzip jeder mehr erhalten, ohne dass andere verzichten müssen. Natürlich gibt es auch in wachsenden Wirtschaften Verteilungskonflikte und es kann durchaus dazu kommen, dass Bevölkerungsgruppen absolut an Einkommen verlieren, wenn sich die Einkommen anderer Gruppen stärker erhöhen als das BIP. Das zeigt etwa Piketty (2019): Wenn die Rendite auf Vermögen höher als die Wachstumsrate der Wirtschaft ist, erhalten die bereits Reichen immer mehr Einkommen. Bestehende Verteilungskonflikte würden sich

aber massiv verstärken, wenn das BIP stagniert oder sogar schrumpft. Dann verlieren im Durchschnitt alle und Einkommenszuwächse von Gruppen sind nur noch möglich, wenn andere Gruppen verlieren.

Bis wann erhöht Wachstum die Lebensqualität?

Dem ersten Punkt – dass Wachstum die Lebensqualität erhöht – halten Vertreter:innen sowohl von Degrowth (z. B. Hickel, 2020) als auch von Postwachstum (z. B. Jackson, 2009) entgegen, dass sich die Lebensqualität nur bis zu einem bestimmten Punkt erhöht, dann aber mit weiterem Wachstum nicht mehr. Diese Überlegung basiert wesentlich auf Arbeiten von Preston (1975) und Easterlin (1974). Preston (1975) hat für die Sterblichkeit und Easterlin (1974) für die Lebenszufriedenheit statistisch gezeigt, dass die Sterblichkeit zwar mit dem BIP pro Kopf ab- und die Lebenszufriedenheit zunimmt, aber nur bis zu einem bestimmten Einkommen, ab dem sich beide Größen kaum noch verbessern (Ähnliches gilt auch für andere Dimensionen der Lebensqualität, Jackson, 2009). Ab diesem Punkt spiele die Ungleichheit der Einkommen die zentrale Rolle. Größere Ungleichheit führe zu höherer Sterblichkeit und geringerer Lebenszufriedenheit.

Die nachfolgende Literatur hat diese Schlussfolgerungen etwas modifiziert, aber nicht grundlegend geändert (Lindner, 2023). Deaton (2003) zeigt, dass Länder auch bei einem relativ geringen BIP geringe Sterblichkeitsraten aufweisen können, wenn die absolute Armut gering ist. Ranabhat et al. (2018) zeigen, dass die breite Verfügbarkeit von sauberem Wasser und sanitären Anlagen, Impfungen gegen Krankheiten von Kindern und ein universelles Gesundheitssystem wesentliche Faktoren für die Lebenserwartung sind und dass diese Faktoren auch in Ländern mit relativ geringem BIP pro Kopf bereitgestellt werden können. Umgekehrt zeigen Case und Deaton (2017) für die USA, dass bei einem schlechten Gesundheitssystem und hoher Armut die Lebenserwartung auch in einem Land mit hohem BIP gering sein kann.

Die Erkenntnis Easterlins (1974) zum Zusammenhang zwischen Einkommen und Lebenszufriedenheit wird als „Easterlin-Paradox“ bezeichnet. Die Lebenszufriedenheit sei zwar innerhalb eines Landes höher bei Menschen mit höherem Einkommen. Wenn aber das Einkommen eines ganzen Landes – das BIP – steige, nehme die durchschnittliche Lebenszufriedenheit ab einer bestimmten Höhe des BIP pro Kopf kaum mehr zu. Die Lebenszufriedenheit hänge eher vom Einkommen relativ zu anderen ab: Wenn das Einkommen für alle weiter steigt, die Einkommensverteilung aber unverändert bleibt, steigt weder die Lebenszufriedenheit der Gruppen mit höherem Einkommen noch die der Gruppen mit geringerem Einkommen. Nachfolgende Studien mit mehr Daten haben dieses Bild nicht fundamental geändert (etwa Helliwell et al., 2012; Clark et al., 2017).

Degrowth und Postwachstum

Diese und ähnliche Überlegungen bilden – über die ökologische Wachstumskritik hinaus – die soziale Kritik an Wachstum, die die Anhänger:innen von Degrowth und Postwachstum teilen (Likaj et al., 2022). Degrowth und Postwachstum unterscheiden sich in der Radikalität ihrer Lösungen: Während Postwachstum eine Stagnation des BIP akzeptieren würde, setzt Degrowth auf ein Schrumpfen; während Postwachstum eher auf die Fortentwicklung des wohlfahrtsstaatlich eingebetteten Kapitalismus setzt, verlangen viele Degrowth-Anhänger:innen eine Abkehr vom Kapitalismus. Sie glauben, dass es einen direkten Gegensatz zwischen der momentanen Wirtschaftsweise sowie sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit gibt (Kallis und March, 2015; Schmelzer und Vetter, 2019, 20).

Kallis (2011) fasst viele Forderungen der Degrowth-Anhänger:innen zusammen (ähnlich Schmelzer und Vetter, 2019): Ihnen geht es um eine politisch gestaltete Schrumpfung der Wirtschaft in wohlhabenden Ländern, die sozial nachhaltig und gerecht ist. Wie das Gros der Degrowth-Anhänger:innen grenzt er eine solche Schrumpfung von einer Rezession ab, also einem Rückgang des BIP in einer Wirtschaftskrise, die zu hoher Arbeitslosigkeit führt. Vielmehr gehe es darum, ausgewählte Bereiche der Wirtschaft zu schrumpfen und andere, etwa öffentliche Dienstleistungen, wachsen zu lassen. Der Konsum solle zwar insgesamt abnehmen, gleichzeitig solle der Anteil des öffentlichen Konsums aber erhöht werden. Dies alles müsse politisch geregelt werden und nicht dem Markt überlassen bleiben.

Schmelzer und Vetter (2019, 27 ff.) fassen einige Maßnahmen zusammen, die bei diesen Zielen helfen sollen: Verschmutzende Industrien müssten abgewickelt und gleichzeitig die Zirkulärwirtschaft und dezentrale erneuerbare Energiequellen in Gemeineigentum auf- und ausgebaut werden. Die Wirtschaft müsse demokratisiert werden und eine solidarische Ökonomie, etwa in Form kleiner und genossenschaftlich geführter Betriebe, entstehen, ohne Ausbeutung von Menschen als Arbeitskräften. Die Technikentwicklung müsse demokratisiert werden, sodass Technologien, die sozial und ökologisch vertretbar sind, öffentlich finanziert werden. Lohnarbeit müsse zurückgedrängt oder überwunden und die Arbeitszeit verringert werden, ohne dass untere Gehaltsgruppen an Einkommen einbüßen. Es müsse darüber hinaus die soziale Sicherung ausgebaut und Einkommen global und national umverteilt werden. Einkommen müssten mit einem Maximaleinkommen begrenzt werden. Auch ein Grundeinkommen wird vorgeschlagen.

Die Frage der Einkommensverteilung ist sowohl für Degrowth- als auch für Postwachstums-Anhänger:innen zentral. Hickel (2019) plädiert als Degrowth-Vertreter für

eine Verringerung der Ungleichheit auf internationaler und nationaler Ebene. Die ärmsten Länder der Welt hätten weiter Bedarf nach Wirtschaftswachstum, da ihr Einkommen noch so gering ist, dass Wachstum ihre Lebensqualität weiter erhöhen kann. Das erfordere aber eine Schrumpfung der Produktion in den Industriestaaten.

Die Forderungen von Postwachstums-Anhänger:innen fallen weniger radikal aus, in Teilen vielleicht auch, weil sie sich stärker mit der Frage auseinandersetzen, wie wichtige soziale Dimensionen weiterhin von Wachstum abhängen. Diese Abhängigkeiten müssten genau verstanden werden, um soziale Verwerfungen bei einer BIP-Stagnation zu vermeiden (Petschow et al., 2018). Wie Degrowth-Anhänger:innen gehen sie davon aus, dass eine Verringerung der Einkommensungleichheit eher die Wohlfahrt erhöht als eine weitere BIP-Steigerung. Um diese zu erreichen, werden sie bei Optionen der Besteuerung und dem Umgang mit Ungleichheit konkreter als viele Degrowth-Anhänger:innen. Jackson und Victor (2018) setzen sich z. B. direkt mit der These Pikettys (2019) auseinander, dass sinkende Wachstumsraten die Einkommensverteilung ungleicher machen können. Dafür zeigen sie mit einem makroökonomischen Modell für Kanada, wie eine Kombination aus Kapitalertragsteuern, progressiveren Einkommensteuern und einem Grundeinkommen die Ungleichheit auch bei sinkenden Wachstumsraten gleicher machen kann.

Zentral für die Frage nach Beschäftigung und der Vermeidung von Arbeitslosigkeit ist sowohl für Degrowth als auch für Postwachstum die Arbeitszeit. Tatsächlich gibt es zwei Optionen, wie mit steigender Produktivität umgegangen werden kann (Herzog-Stein et al., 2018): Zum einen kann die Produktion steigen, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden; zum anderen könnte auch die Arbeitszeit verringert werden. Dann würde nicht die Zahl der Beschäftigten sinken, sondern ihr Arbeitsvolumen. Dieser Ansatz ist im Prinzip bereits erprobt: Seit dem Beginn der Industrialisierung ist die Arbeitszeit in den meisten Industriestaaten stark gesunken (Giattino et al., 2020). Die Arbeitszeitverkürzung müsste aber – zumindest solange die Arbeitsproduktivität steigt – sehr viel stärker als jetzt forciert werden.

Kritische Würdigung

Es soll gezeigt werden, dass die Forderungen *erstens* politisch kaum realistisch sind, weil die Verteilung zwar thematisiert wird, die mit wirtschaftlicher Schrumpfung oder Stagnation einhergehenden Verteilungskonflikte aber weitgehend ausgeblendet werden. Wahrscheinlicher ist, dass die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen bei sinkendem oder stagnierendem BIP zunehmen würde. *Zweitens* bleibt die Frage weitgehend unbeantwortet, wie bei Degrowth und Postwachstum die THG-Intensität sinken kann.

Hickel (2019) hat etwa seine Forderung nach einer BIP-Schrumpfung der Industriestaaten zur Ermöglichung von Wachstum in Entwicklungsländern nicht quantifiziert. Basierend auf Überlegungen von Milanovic (2021) hat Lindner (2023) mit Daten für die weltweite Einkommensverteilung versucht, die quantitativen Dimensionen einer solchen Politik zu skizzieren. Wenn das Welt-BIP insgesamt stagnieren soll, das BIP der ärmsten Länder aber weiter wachsen darf, müsste Deutschland sein BIP und Einkommen um etwa 70 % senken. Die USA müssten unter gleichen Bedingungen sogar auf 76 % ihrer Produktion verzichten.¹ Da das BIP pro Kopf in China mittlerweile in etwa so hoch ist wie das durchschnittliche globale BIP pro Kopf, dürfte in Hickels Logik auch die Wirtschaft Chinas nicht weiter wachsen.

Um – wie von vielen Degrowth-Anhänger:innen gefordert – auch die Einkommen innerhalb von Ländern gleicher zu verteilen und dabei die Einkommen der Ärmsten zu schonen, müssten bei einem Sinken des durchschnittlichen Einkommens von 70 % in Deutschland die reichsten 10 % ihr Einkommen um 87 % reduzieren (Lindner, 2023). Gelänge es, bei einer schrumpfenden Wirtschaft alle Einkommen gleich zu verteilen, müssten die ärmsten 10 % aber immer noch auf 6 % ihres Einkommens verzichten.

Man sieht hier, dass Degrowth politisch nicht realistisch ist. Es ist wohl in keinem Industrieland politisch zu vermitteln, dass die Einkommen massiv sinken oder in Schwellenländern, wie etwa China, stagnieren müssen, damit anderen Ländern weiter Wachstum erlaubt werden kann. Man kann dies bereits an den Konflikten erkennen, die im Rahmen der internationalen Klimaverhandlungen bei Hilfen für den Klimaschutz aufkommen. Was die reichen Länder bereit sind, den ärmeren Ländern zur Klimaanpassung zu zahlen, ist weit von den Bedarfen dieser Länder entfernt – und noch weiter von einer ernsthaften internationalen Umverteilung von Einkommen (Oxfam, 2023).

So verdienstvoll die Auseinandersetzung mit der Frage der Ungleichheit ist, die auch Postwachstums-Anhänger:innen umtreibt (Jackson und Victor, 2018), so sehr ist doch zu vermuten, dass eine Stagnation und erst recht eine Schrumpfung der Wirtschaft eher zu einer Zunahme als zu einer Abnahme der Ungleichheit führen dürfte. Wenn der Übergang in eine schrumpfende oder stagnierende Wirtschaft mit weniger Einkommensungleichheit friedlich und demokratisch gelingen soll, müsste ein enormer politischer Konsens hergestellt werden, der aber vollkommen unrealistisch ist. So gibt es wenig Grund zu der Annahme, dass die Reichen ihre größere politische und wirtschaftliche Macht (Witko et al., 2021) nicht nutzen würden, um ihre

¹ Dabei wurden Daten für 2014 verwendet, da für das Jahr besonders gute Daten zur weltweiten Einkommensverteilung vorliegen.

Einkommen und Vermögen zu verteidigen. Dann würden die Einkommen der Ärmeren aber umso stärker fallen. Eine Schrumpfung oder Stagnation im Namen des Klimaschutzes würde dann mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer breiten Ablehnung von Klimaschutz insgesamt führen.

Unabhängig von den absehbaren politischen Auseinandersetzungen folgt aus der Feststellung, dass ein weiter steigendes BIP die Lebensqualität nicht weiter erhöht auch noch nicht, dass ein sinkendes BIP die Lebensqualität unbeeinträchtigt lässt oder gar verbessert, wenn nur die Verteilung der Einkommen gleicher wird. Es ist empirisch gut belegt, dass Menschen „loss aversion“ unterliegen, dass also die Lebenszufriedenheit stärker sinkt, wenn Menschen etwas verlieren, als sie steigen würde, wenn sie etwas gewinnen (Boyce et al., 2013; Kahnemann und Tversky, 1979). Aus der Tatsache, dass eine weitere Einkommenserhöhung über ein bestimmtes Maß hinaus Gesundheit und Lebensqualität nicht weiter verbessert, ist nicht ableitbar, dass eine Einkommensverringerung – selbst wenn die wahrscheinlichen massiven Verteilungskonflikte vermieden werden könnten – beide Größen positiv beeinflussen kann.

Der zweite Kritikpunkt ist, dass sich Degrowth und Postwachstum nicht ausreichend mit der Frage beschäftigen, wie die für die Dekarbonisierung notwendige Senkung der THG-Intensität auf null erfolgen kann und wie genau die notwendigen Investitionen dafür zustande kommen sollen. Beide Ansätze kritisieren zwar, dass Grünes Wachstum zu viel Hoffnung in technisch-ökonomische Instrumente zur Reduzierung der THG-Intensität setzt (Hickel und Kallis, 2019; Jackson, 2009), aber sie bleiben oft eigene Vorschläge schuldig. Das Problem ist, dass die Höhe grüner Investitionen sowohl selbst von Wachstum abhängt als auch Wachstum erzeugt. Eyraud et al. (2013) und Kilinc-Ata und Dolmatov (2023) zeigen empirisch, dass mehr Wirtschaftswachstum (neben anderen Faktoren) auch zu höheren Investitionen in den Klimaschutz führt. Wachstum erleichtert die Finanzierung von Investitionen und stellt die notwendige Profitabilität sicher. Darüber hinaus haben grüne Investitionen auch einen besonders hohen Investitionsmultiplikator (Batini et al., 2021; O’Callaghan et al., 2022), erhöhen das BIP also über die anfängliche Investitionssumme hinaus und führen damit selbst zu höherem Wachstum.

Degrowth- und Postwachstumsansätze müssen dann erklären, welchen Anreiz für die notwendigen Investitionen Unternehmen unter der Bedingung von Stagnation oder Wirtschaftsschrumpfung haben. Und sie müssen klären, wie damit umzugehen ist, wenn grüne Investitionen das Wirtschaftswachstum erhöhen. Müsste das resultierende Wachstum gestoppt werden, etwa mit einer restriktiven Fiskal- und Geldpolitik, die wiederum die privaten Investitionen insgesamt, aber auch die grünen Investitionen senken würde?

Insgesamt ergibt sich, dass Degrowth und in geringerem Maße Postwachstum die sozialen und politischen Kosten ihrer Politiken unterschätzen, weil eine Stagnation oder Schrumpfung des BIP die Verteilungskonflikte stark erhöhen würde. Diesen absehbar hohen Kosten stehen aber keine ausreichend hohen Erträge in Form von THG-Neutralität gegenüber, da beide Strategien die Anreize für klimaneutrale Investitionen senken würden. Insofern ist zu befürchten, dass bei Umsetzung dieser Strategien auch klima- und umweltpolitisch kaum etwas gewonnen wäre.

Fazit

Auch wenn Degrowth und Postwachstum hier kritisiert wurden, ist ihre Wachstumskritik weiterhin wichtig. Wirtschaftswachstum ist immer ein Mittel zum Zweck, auch wenn ohne dieses Mittel der Zweck nur schwer zu erreichen ist. Es ist aber richtig, dass Politik und Gesellschaft sich bei allen Entscheidungen zuerst die Frage stellen sollten, ob diese die Lebensqualität in einem Land erhöhen. Eine Verringerung der Einkommensungleichheit und eine Stärkung der öffentlichen Dienstleistungen, wie Bildung und Gesundheit, würden dies sicher tun. Die zentrale Kritik dieses Artikels ist aber, dass solche Politiken mit einer Stagnation oder einem Schrumpfen der Produktion sehr viel schwieriger, wenn nicht gar unmöglich werden.

Wenn nun die hier vorgebrachte Kritik an Degrowth und Postwachstum valide ist, was wäre dann die Alternative? Es ist Grünes Wachstum, also ein BIP-Wachstum, bei dem die privaten und staatlichen Investitionen in die Dekarbonisierung so stark steigen, dass die globale Temperatur sich um weniger als 2°C erhöht. Dass sich Investitionen in Klimaschutz lohnen, zeigen die vergangenen zehn Jahre. In den 2010er Jahren gingen einflussreiche Szenarien des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) unter der Beibehaltung der damaligen Politiken („Business as usual“-Szenarien) noch davon aus, dass sich die Welt bis 2100 um 4 bis 5°C erwärmen könnte. Mittlerweile liegt das wahrscheinlichste „Business as usual“-Szenario unter anderem wegen der Klimapolitiken der vergangenen Jahre eher bei einer Erwärmung von im Mittel etwa 3°C (Hausfather und Ritchie, 2019). Zwar würde solch ein Temperaturanstieg immer noch zu katastrophalen Folgen führen. Dass aber noch höhere Temperaturanstiege mittlerweile sehr viel unwahrscheinlicher sind, zeigt, dass Fortschritte beim Klimaschutz möglich sind und mit einer Verstärkung der bisherigen Anstrengungen auch weiter ausgebaut werden können.

Zentral für diese Fortschritte war der stark gestiegene Einsatz von erneuerbaren Energien, der wiederum durch Skaleneffekte zu enormen Kostensenkungen geführt hat (Roser, 2020b). Dabei haben sich die Kosten und der Einsatz von erneuerbaren Energien bisher stets positiver entwi-

ckelt als prognostiziert (Way et al., 2022). Darüber hinaus zeigen der europäische CO₂-Zertifikatehandel und der Inflation Reduction Act in den USA, wie kluge staatliche Politik einen Anreiz für höhere Investitionen in klimaneutrale Technologien geben kann, ohne dabei auf eine Politik der Stagnation oder Schrumpfung zu setzen. Szenarien der Internationalen Energieagentur zeigen, dass Wachstum mit Klimaneutralität vereinbar sein kann, allerdings nur bei einer massiven globalen Ausweitung von Forschung und Entwicklung in klimaneutrale Technologien und Investitionen (IEA, 2021). Darauf sollten sich Wirtschaft, Politik und Gesellschaft mit aller Kraft konzentrieren.

Literatur

- Batini, N., M. Di Serio, M. Frassetto, G. Melina und A. Waldron (2021), Building Back Better: How Big Are Green Spending Multipliers?, *IMF Working Paper*, 21/87.
- BMW – Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (2022), Klimaschutz in Zahlen. Aktuelle Emissionstrends und Klimaschutzmaßnahmen in Deutschland, 2022.
- Boyce, C., A. M. Wood, J. Banks, A. E. Clark und G. D. A. Brown (2013), Money, Well-Being, and Loss Aversion: Does an Income Loss Have a Greater Effect on Well-Being Than an Equivalent Income Gain?, *Psychological Science*, 24(12), 2557-2562.
- Case, A. und A. Deaton (2017), Mortality and Morbidity in the 21st Century, *Brookings Papers on Economic Activity*, 48(1), 397-443.
- Clark, A., S. Flèche, R. Layard, N. Powdthavee und G. Ward (2017), The Key Determinants of Happiness and Misery, *World Happiness Report 2017*, Sustainable Development Solutions Network.
- Deaton, A. (2003), Health, Inequality, and Economic Development, *Journal of Economic Literature*, 41(1), 113-158.
- Easterlin, R. (1974), Does Economic Growth Improve the Human Lot? Some Empirical Evidence, in P. A. David und M. W. Reder (Hrsg.), *Nations and Households in Economic Growth. Essays in Honor of Moses Abramovitz*, 89-125.
- Eyraud, L., B. Clements und A. Wane (2013), Green investment: Trends and determinants, *Energy Politics*, 60(C), 852-865.
- Giattino, C., E. Ortiz-Ospina und M. Roser (2020), Working Hours, *Our World in Data*, <https://ourworldindata.org/working-hours> (28. Juli 2023).
- Hausfather, Z. (2021), Absolute Decoupling of Economic Growth and Emissions in 32 Countries, The Breakthrough Institute, <https://thebreakthrough.org/issues/energy/absolute-decoupling-of-economic-growth-and-emissions-in-32-countries> (28. Juli 2023).
- Hausfather, Z. und J. Ritchie (2019), A 3C World is now „Business as Usual“, The Breakthrough Institute, <https://thebreakthrough.org/issues/energy/3c-world> (28. Juli 2023).
- Helliwell, J., R. Layard und J. Sachs (2012), *World Happiness Report*, UN Sustainable Development Solutions Network.
- Herzog-Stein, A., F. Lindner und S. Sturn (2018), The German employment miracle in the Great Recession: The significance and institutional foundations of temporary working-time reductions, *Oxford Economic Papers*, 70(1), 206-224.
- Hickel, J. (2019), Is it possible to achieve a good life for all within planetary boundaries?, *Third World Quarterly*, 40(1), 18-35.
- Hickel, J. (2020), *Less is more. How degrowth will save the world*, Windmill.
- Hickel, J. und G. Kallis (2019), Is Green Growth Possible, *New Political Economy*, 25(4), 1-18.
- Holzmann, S., T. Petersen und M. Wortmann (2023), Wachstum und Schrumpfung in der sozial-ökologischen Transformation: Eine Frage der Entkopplung, *Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft Focuspapier*, 8, Bertelsmann Stiftung.
- IEA – International Energy Agency (2021), Net Zero by 2050. A Roadmap for the Global Energy Sector.
- IEA – International Energy Agency (2023), CO₂ Emissions in 2022.
- Jackson, T. (2009), *Prosperity without growth, Economics for a finite planet*, Earthscan.
- Jackson, T. und P. A. Victor (2018), Confronting inequality in a post-growth world. Basic income, substitution and the future of work, *CUSP working paper*, 11.
- Kahnemann, D. und A. Tversky (1979), Prospect Theory: An Analysis of Decision under Risk, *The Econometric Society*, 47(2), 263-291.
- Kallis, G. (2011), In defence of degrowth, *Ecological Economics*, 70(5), 873-880.
- Kallis, G. und H. March (2015), Imaginaries of Hope: The Utopianism of Degrowth, *Annals of the Association of American Geographers*, 105(2), 360-368.
- Kilinc-Ata, N. und I. A. Dolmatov (2023), Which factors influence the decisions of renewable energy investors? Empirical evidence from the OECD and BRICS countries, *Environmental Science and Pollution Research*, 30(1), 1720-1732.
- Likaj, X., M. Jacobs und T. Fricke (2022), Growth, Degrowth or Post-growth? Towards a synthetic understanding of the growth debate, *Forum for a new Economy Basic Papers*, 02, Forum for a New Economy.
- Lindner, F. (2023), Ökologische Nachhaltigkeit und materieller Wohlstand—Ein Zielkonflikt?, *Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft Focus Paper*, 10, Bertelsmann Stiftung.
- Milanovic, B. (2021), Degrowth: Solving the impasse by magical thinking, Global Inequality and More 3.0, <https://branko2f7.substack.com/p/degrowth-solving-the-impasse-by-magical> (28. Juli 2023).
- O’Callaghan, B., N. Yau und C. Hepburn (2022), How Stimulating Is a Green Stimulus? The Economic Attributes of Green Fiscal Spending, *Annual Review of Environment and Resources*, 47, 697-723.
- Oxfam (2023), Climate Finance Shadow Report 2023, Oxfam.
- Petschow, U., S. Lange, D. Hofmann, E. Pissarkoi, N. aus dem Moore, T. Korfhage, A. Schoofs und H. Ott (2018), Gesellschaftliches Wohlergehen innerhalb planetarer Grenzen. Der Ansatz einer vorsorgeorientierten Postwachstumsposition, 89, Umweltbundesamt.
- Piketty, T. (2019), *Le capital au XXIème siècle*, Seuil.
- Preston, S. H. (1975), The Changing Relation between Mortality and Level of Economic Development, *Population Studies*, 29(2), 231-248.
- Ranabhat, C. L., J. Atkinson, M.-B. Park, C.-B. Kim und M. Jakovljevic (2018), The Influence of Universal Health Coverage on Life Expectancy at Birth (LEAB) and Healthy Life Expectancy (HALE): A Multi-Country Cross-Sectional Study, *Frontiers in Pharmacology*, 9(September), 1-10.
- Ritchie, H., P. Rosado und M. Roser (2022), Energy. Our World in Data, <https://ourworldindata.org/energy> (28. Juli 2023).
- Roser, M. (2020a), The world’s energy problem, *Our World in Data*, <https://ourworldindata.org/worlds-energy-problem> (28. Juli 2023).
- Roser, M. (2020b), Why did renewables become so cheap so fast?, *Our World in Data*, <https://ourworldindata.org/cheap-renewables-growth> (28. Juli 2023).
- Schmelzer, M. und A. Vetter (2019), *Degrowth/Postwachstum zur Einführung*, Junius.
- UNEP – United Nations Environment Programme (2022), The Closing Window. Climate crisis calls for rapid transformation of societies, *Emissions Gap Report 2022*.
- Way, R., M. C. Ives, P. Mealy und J. D. Farmer (2022), Empirically grounded technology forecasts and the energy transition, *Joule*, 6(9), 2057-2082.
- Witko, C., J. Morgan, N. J. Kelly und P. K. Enns (2021), *Hijacking the Agenda. Economic Power and Political Influence*, Russel Sage Foundation.

Title: No Growth is No Solution Either. A Critique of Degrowth and Post-Growth Approaches

Abstract: In the face of climate change and other ecological problems, the degrowth and post-growth approaches are gaining more and more supporters. However, these growth-critical approaches have many problems. While the critique of growth is justified in many areas, the contraction or stagnation of production is associated with negative social and political consequences, as it would most likely lead to massive distributional conflicts. Moreover, a shrinking or stagnating GDP could make the necessary decarbonisation of the economy more difficult, because the investment required for decarbonisation would be much harder to implement in such an economy than in a growing economy.